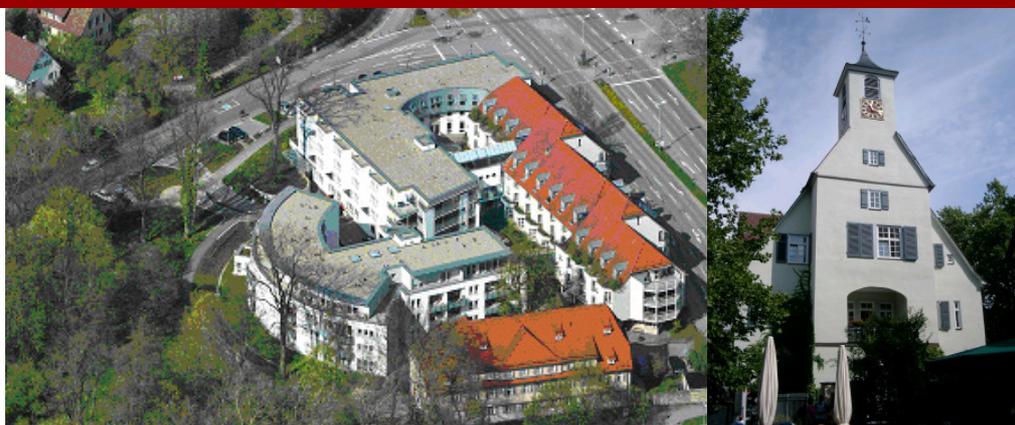


Jahresabschluss 2012 Altenhilfe Tübingen gGmbH

(Veröffentlichungsversion)



Altenhilfe Tübingen gGmbH
Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
	<u> </u>	<u> </u>
A Anlagevermögen		
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	35.568,92	37.332,79
II. <u>Sachanlagen</u>		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	9.539.558,52	9.824.016,84
2. Technische Anlagen	57.270,95	65.413,01
3. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	330.634,89	328.715,02
4. Fahrzeuge	24.319,90	40.164,28
	<u>9.951.784,26</u>	<u>10.258.309,15</u>
B. Umlaufvermögen		
I. <u>Vorräte</u>		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	30.400,92	28.693,39
	<u>30.400,92</u>	<u>28.693,39</u>
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>		
1. Forderungen aus Lieferung und Leistungen	203.733,09	164.133,13
2. Forderungen an Gesellschafter	40.000,00	40.000,00
3. sonstige Vermögensgegenstände	31.879,93	21.180,77
4. Umsatzsteuer	4.120,15	1.627,35
	<u>279.733,17</u>	<u>226.941,25</u>
III. <u>Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks</u>	587.388,63	268.373,49
C. Rechnungsabgrenzungsposten	29.996,51	28.386,04
	<u>10.914.872,41</u>	<u>10.848.036,11</u>

Passivseite	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	3.412.500,00	3.412.500,00
II. Verlustvortrag	-166.405,44	-607.098,93
III. Jahresfehlbetrag	-222.500,66	-59.306,51
	<u>3.023.593,90</u>	<u>2.746.094,56</u>
B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens		
1. Sonderposten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	4.430.082,99	4.606.279,56
2. Sonderposten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	156.138,27	171.229,39
	<u>4.586.221,26</u>	<u>4.777.508,95</u>
C. Rückstellungen	<u>163.508,73</u>	<u>92.487,68</u>
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	102.162,40	75.792,54
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.955.841,68	3.064.992,56
3. sonstige Verbindlichkeiten	50.229,17	54.626,78
4. Verwahrgeldkonto	12.309,82	10.346,59
	<u>3.120.543,07</u>	<u>3.205.758,47</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>21.005,45</u>	<u>26.186,45</u>
	<u><u>10.914.872,41</u></u>	<u><u>10.848.036,11</u></u>

Altenhilfe Tübingen gGmbH
Gewinn- und Verlustrechnung
- für die Zeit vom 01.01.2012 bis 31.12.2012 -

	2012 EUR		2011 EUR	
1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß Pflege VG	4.011.847,34		3.822.325,53	
2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	1.202.454,42		1.155.118,21	
3. Erträge aus Zusatzleistungen und Transportleistungen nach PflegeVG	9.289,80		8.857,20	
4. Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	482.671,89		455.024,06	
5. sonstige betriebliche Erträge	574.109,21	6.280.372,66	555.533,56	5.996.858,56
6. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	3.807.570,67		3.462.581,75	
b) Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	1.023.235,61	4.830.806,28	935.046,92	4.397.628,67
7. Materialaufwand				
a) Lebensmittel	319.272,46		319.949,28	
b) Wasser, Energie, Brennstoffe	273.502,22		280.708,06	
c) Wirtschaftsbedarf, Verwaltungsbedarf	477.827,76	1.070.602,44	468.443,07	1.069.100,41
8. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen		17.783,96		16.435,14
9. Steuern, Abgaben, Versicherungen		54.839,78		52.395,56
10. Mieten, Pacht, Leasing		49.234,54		10.309,23
Zwischenergebnis		<u>257.105,66</u>		<u>450.989,55</u>
11. Erträge aus öffentlicher und nicht öffentlicher Förderung für Investitionen		1.100,00		0,00
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten		192.387,69		214.633,09
13. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten		1.100,00		0,00
14. Abschreibungen				
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände und Sachanlagen		418.875,33		436.752,13
b) Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		0,21		2.699,83
15. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung		87.892,83		104.368,76
16. Sonstige ordentliche und außerordentliche Aufwendungen		<u>71.710,83</u>		<u>73.216,94</u>
Zwischenergebnis		-128.985,85		48.584,98
17. Zinsen und ähnliche Erträge	4.710,10		5.277,59	
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	111.108,93	-106.398,83	118.284,01	-113.006,42
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-235.384,68		-64.421,44
20. außerordentliche Erträge	14.968,48		6.497,26	
21. außerordentliche Aufwendungen	2.084,46		2.455,53	
22. Weitere Erträge	0,00		1.073,20	
23. Außerordentliches Ergebnis	12.884,02	<u>12.884,02</u>	5.114,93	<u>5.114,93</u>
24. Jahresfehlbetrag		<u><u>-222.500,66</u></u>		<u><u>-59.306,51</u></u>

Altenhilfe Tübingen gGmbH

Anhang für das Geschäftsjahr 2012

A. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss wurde nach den Gliederungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Handelsgesetzbuches unter Berücksichtigung der Pflegebuchführungsverordnung aufgestellt. Ergänzend zu diesen Vorschriften wurden die Regelungen des Gesellschaftervertrags und des GmbH-Gesetzes beachtet.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht dem § 4 PBV.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsansätze wurden gegenüber dem Vorjahr grundsätzlich beibehalten.

B. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Anlagevermögen

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibung angesetzt. Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich Abschreibung angesetzt. Zuschüsse zu Anschaffungs- und Herstellungskosten von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens werden im Jahr des Zugangs in Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens eingestellt. In die Herstellungskosten des Anlagevermögens sind keine Fremdkapitalzinsen einbezogen.

Immaterielle Vermögensgegenstände werden planmäßig in 3 Jahren linear abgeschrieben.

Die planmäßige Abschreibung bei den Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens werden wie folgt vorgenommen:

<u>Bilanzposition</u>	<u>Abschreibungsmethode</u>	<u>Nutzungsdauer</u>
Gebäude	linear	50 Jahre
Außenanlagen	linear	15 - 25 Jahre
technische Anlagen und Maschinen	linear	5 - 10 Jahre
andere Anlagen Betriebs- und Geschäftsausstattung	linear	4 - 10 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter

Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis € 150 (geringwertige Wirtschaftsgüter) fließen sofort in den Aufwand. Wirtschaftsgüter mit einem Anschaffungswert über € 150 bis € 1000 (ohne MwSt) werden seit dem 01.01.2008 in einem jahresbezogenen Sammelposten (Pool) über eine Laufzeit von 5 Jahren abgeschrieben.

Vorräte

Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgte zu den letzten Einstandspreisen.

Forderungen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden grundsätzlich zum Nennwert angesetzt. Für erkennbare Risiken werden entsprechend vernünftiger kaufmännischer Beurteilung angemessene Pauschalwertberichtigungen vorgenommen. Für zweifelhafte und uneinbringliche Forderungen werden angemessene Einzelwertberichtigungen vorgenommen.

Flüssige Mittel

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten wurden zu Nominalwerten angesetzt.

Eigenkapital

Das Eigenkapital ist mit seinem Nennwert angesetzt.

Sonderposten

Für Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens erfolgen der Ansatz und die Bewertung nach § 5 PBV.

Rückstellungen

Rückstellungen werden mit dem Erfüllungsbetrag in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Sie berücksichtigen alle erkennbare Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Rechnungsabgrenzung

Für Ausgaben oder Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand oder Ertrag nach dem Abschlussstichtag darstellen, werden Rechnungsabgrenzungen zum Nennwert vorgenommen.

C. Angaben zu Posten der Bilanz

Die Entwicklung und Gliederung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der vorgenommenen Abschreibung aus dem als Anlage beigefügten Anlagenachweis ersichtlich. Teilflächen der Grundstücke Frischlinstraße und Schmiedtorstraße in Tübingen sind mit einem Erbbaurecht belastet.

Steuerliche Sonderabschreibungen, außerplanmäßige Abschreibungen und Zuschreibungen zum Sachanlagevermögen wurden nicht vorgenommen.

Zuschüsse zu Investitionen zum Sachanlagevermögen sind in der Bilanz als Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens auf der Passivseite ausgewiesen.

Die Gliederung und die Restlaufzeit der Forderungen und der sonstigen Vermögensgegenstände ist aus dem als Anlage beigefügten Forderungsspiegel ersichtlich.

Unter der Position sonstige Vermögensgegenstände sind keine Forderungen ausgewiesen, die rechtlich erst nach dem Abschlussstichtag entstehen.

Die aktive Rechnungsabgrenzung enthalten

vorausbezahlte Kfz-Steuer
vorausbezahlte Versicherungsbeträge
Guthaben aus Mobiltelefonverträgen.

Das gezeichnete Kapital beträgt EUR 3.412.500,00 und ist voll einbezahlt.

	31.12.2012	31.12.2011
	€	€
Gezeichnetes Kapital	3.412.500,00	3.412.500,00
Verlustvortrag Vorjahr	-666.405,44	-607.098,93
Zuführung zur Kapitalrücklage / Verrechnung mit Verlustvortrag	500.000,00	0,00
verbleibender Verlustvortrag	-166.405,44	-607.098,93
Jahresfehlbetrag	-222.500,66	-59.306,51
Eigenkapital 31.12.2012	3.023.593,90	2.746.094,56

Die Entwicklung des Sonderpostens aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens ist aus der als Anlage beigefügten Fördernachweiszusammenstellung ersichtlich.

Die Aufgliederung und die Entwicklung der Rückstellungen ist aus dem als Anlage beigefügten Rückstellungen-
spiegel ersichtlich.

Die Aufgliederung und die Restlaufzeit der Verbindlichkeiten ist aus dem als Anlage beigefügten
Verbindlichkeitenspiegel ersichtlich. In den Verbindlichkeiten sind keine Verbindlichkeiten größeren Umfangs
enthalten, die rechtlich erst nach dem Abschlussstichtag entstanden sind.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von insgesamt T€ 2.956 sind durch eine
Ausfallbürgschaft der Stadt Tübingen abgesichert.

Die restlichen Verbindlichkeiten sind nicht abgesichert, mit Ausnahme der bei Verbindlichkeiten aus Lieferung und
Leistung bestehenden Eigentumsvorbehalte.

D. Haftungsverhältnisse uns sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Abschlussstichtag bestanden keine Haftungsverhältnisse i.S. von § 251 HGB.

Am Abschlussstichtag bestanden in der Bilanz nicht ausgewiesene sonstige finanzielle Verpflichtung in Höhe von
T€ 390, davon sind T€ 357 kurzfristig (bis zu einem Jahr) und T€ 32 mittelfristig (über einem Jahr und unter 5
Jahren).

E. Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse betreffen allgemeine Pflegeleistungen, Erträge aus Unterkunft und Versorgung, Erträge aus
Zusatzleistungen und Transportleistungen sowie Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten.

Die außerordentlichen Aufwendungen beinhalten periodenfremden Aufwendungen in Höhe von T€ 1.
Die außerordentlichen Erträge beinhalten periodenfremde Erträge in Höhe von T€ 9.

Die Abschreibung beinhaltet keine Sonderabschreibung und keine außerplanmäßige Abschreibungen.

F. Sonstige Angaben

Arbeitnehmer

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres waren durchschnittlich beschäftigt

	<u>Geschäftsjahr</u>	<u>Vorjahr</u>
Angestellt	171	161
Insgesamt	171	161

Die versorgungspflichtigen Entgelte zur Zusatzversorgungskasse des kommunalen Versorgungsverbandes Baden-Württemberg betragen T€ 3.562. Der Umlagesatz beläuft sich auf 5,5 %, davon sind 0,15 % Arbeitnehmeranteil. Außerdem ist Sanierungsgeld in Höhe von 1,7 % und ein Zusatzbeitrag in Höhe von 0,22 % zu entrichten.

Geschäftsführer

Geschäftsführer der Gesellschaft ist:

<u>Name</u>	<u>Vorname</u>	<u>Umfang der Vertretungsbefugnis</u>
Kaufmann	Markus	Der Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt und ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Die Angabe der Höhe der Vergütung an Geschäftsführer wird gem. § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Das Honorar für die Prüfung des Jahresabschlusses beträgt € 10.700.

Aufsichtsrat

Vorsitzende des Aufsichtsrats sind:

<u>Name</u>	<u>Position</u>	<u>ausgeübter Beruf</u>
Michael Lucke	Vorsitzender	1. Bürgermeister
Helga Vogel	1. stellvertretende Vorsitzende	Krankenschwester
Gerlinde Strasdeit	2. stellvertretende Vorsitzende	Arzthelferin

Weitere Mitglieder des Aufsichtsrats sind:

Dr. Doris	Bartelt-Rutz	Ärztin
Evelyn	Ellwart-Mitsanas	Öffentlichkeitsarbeiterin
Dr. Lisa	Federle	Ärztin
Bruno	Gebhart-Pietzsch	selbst. Kaufmann
Ulrike	Heitkamp	Hausfrau
Rudi	Hurlebaus	Bäckermeister
Amely	Krafft	Studentin
Anne	Kreim	Hausverw.- u. Baubetreuung
Dr. Albrecht	Kühn	Arzt
Andera	Le Lan	Lehrerin
Aynur	Söylemez	Verkäuferin
Jürgen	Steinhilber	Dipl. Kaufmann bis 13.03.12
Gerlinde	Strasdeit	Arzthelferin
Helga	Vogel	Krankenschwester
Dr. Ursula	Welz	Ärztin ab 13.03.12

Stellvertreter der Mitglieder des Aufsichtsrats sind:

Susanne	Bächer	Grafikerin
Dieter	Barth	IHK-Hauptgeschäftsführer i. R. bis 25.10.12
Gottfried	Gehr	Bäcker-u. Konditormeister
Bernd	Gugel	Druckform- und Druckvorlagenhersteller
Angela	Hauser	Krankenschwester, Sozialpädagogin
Dorothea	Kliche-Behnke	Doktorandin
Beate	Kolb	Sozialpädagogin
Sabine	Lüllich	Einzelhandelskauffrau
Ilona	Raiser	Kauffrau 25.10.12 bis 17.12.12
Arnold	Oppermann	Rechtsanwalt
Dr. Gretel	Schwägerle	Ärztin
Dr. Kurt	Sütterlin	Schulamtsdirektor a. D.
Klaus	te Wildt	Verwaltungsjurist i. R.
Alisa	Volkert	Studentin bis 13.03.12
Dieter	Zeller	Krankenpfleger ab 13.03.12
Aster	Yeman	Studentin
Jürgen	Steinhilber	Dipl. Kaufmann ab 17.12.12

Arbeitnehmersvertreter im Aufsichtsrat sind:

Erika	Hall	Altenpflegerin
Sibylle	Eisenmann	Altenpflegerin
Karin	Tress	Krankenschwester
Thomas	Jauch	Altenpfleger

Die Aufsichtsratsvergütung (Sitzungsgeld) betrug im Jahr 2012: € 1.000.

Vorschlag für die Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 222.501 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Anlagen zum Anhang

Der Anlagennachweis, Forderungen-, Rückstellungen- und Verbindlichkeitspiegel sowie der Fördernachweis/Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Anlagevermögens ist als Anlage beigefügt.

Tübingen, den 14.03.2013

(Markus Kaufmann)

Firma Altenhilfe Tübingen gGmbH

Anlagennachweis / Anlagenspiegel

Bilanzposten	Entwicklung der Anschaffungswerte			
	01.01.2012 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	31.12.2012 EUR
B. I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	114.225,51	11.091,44	0,00	125.316,95
B. II. Sachanlagen				
1.1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebs- bauten auf fremden Grundstücken	14.320.734,25	0,00	0,00	14.320.734,25
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	13.856.969,61	0,00	0,00	13.856.969,61
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	0,00	0,00	0,00	0,00
4.1. Technische Anlagen	675.578,05	0,00	0,00	675.578,05
4.2. darunter: in Betriebsbauten und in Außenanlagen	675.578,05	0,00	0,00	675.578,05
5.1. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	1.820.286,62	99.495,13	0,00	1.919.781,75
5.2. darunter: in Betriebsbauten, in Außenanlagen GWG`s und Festwerte in Betriebsbauten	1.820.286,62	99.495,13	0,00	1.919.781,75
6. Fahrzeuge	114.508,58	0,00	0,00	114.508,58
7.1. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00
7.2. darunter in Betriebsbauten	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	17.045.333,01	110.586,57	0,00	17.155.919,58
darunter Summe der Positionen 1.2, 4.2, 5.2, 6 und 7.2	16.467.342,86	99.495,13	0,00	16.566.837,99

Forderungenspiegel	Stand		Restlaufzeit	
	31.12.12 EUR	unter 1 Jahr EUR	1 - 5 Jahre EUR	über 5 Jahre EUR
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	203.733,09	203.733,09	0,00	0,00
2. Forderungen an Gesellschafter oder Träger der Einrichtung	40.000,00	40.000,00	0,00	0,00
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Forderungen aus öffentlicher Förderung	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Forderungen aus nicht-öffentlicher Förderung	0,00	0,00	0,00	0,00
7. sonstige Vermögensgegenstände	31.879,93	31.879,93	0,00	0,00
8. Umsatzsteuer	4.120,15	4.120,15	0,00	0,00
	<u>279.733,17</u>	<u>279.733,17</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Verbindlichkeitspiegel

	Stand		Restlaufzeit	
	<u>31.12.12</u> EUR	<u>unter 1 Jahr</u> EUR	<u>1 - 5 Jahre</u> EUR	<u>über 5 Jahre</u> EUR
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	102.162,40	102.162,40	0,00	0,00
2. Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten	2.955.841,68	112.010,86	2.843.830,82	0,00
3. Verbindlichkeiten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
4. sonstige Verbindlichkeiten	50.229,17	50.229,17	0,00	0,00
5. Verwahrgeldkonto	12.309,82	12.309,82	0,00	0,00
6. Umsatzsteuer	0,00	0,00	0,00	0,00
	<u>3.120.543,07</u>	<u>276.712,25</u>	<u>2.843.830,82</u>	<u>0,00</u>

Rückstellungenspiegel

	<u>01.01.12</u> EUR	<u>Verbrauch</u> EUR	<u>Auflösung</u> EUR	<u>Zuführung</u> EUR	<u>31.12.12</u> EUR
Altersteilzeit	23.131,01	17.470,24	0,00	0,00	5.660,77
externe Jahresabschlusskosten 2012	11.300,00	11.300,00	0,00	11.300,00	11.300,00
Interne Jahresabschlusskosten 2012	1.500,00	1.500,00	0,00	1.500,00	1.500,00
Rückstellung f. ausstehende Rechnungen	2.000,00	2.000,00	0,00	3.950,00	3.950,00
Überstundenrückstellung	26.931,70	26.931,70	0,00	82.689,61	82.689,61
Urlaubsrückstellung	6.174,97	6.174,97	0,00	37.308,35	37.308,35
Kosten Jubiläum Personal	5.250,00	350,00	0,00	0,00	4.900,00
Archivierungskosten	16.200,00	0,00	0,00	0,00	16.200,00
	<u>92.487,68</u>	<u>65.726,91</u>	<u>0,00</u>	<u>136.747,96</u>	<u>163.508,73</u>

Firma Altenhilfe Tübingen gGmbH

Fö r d e r n a c h w e i s n a c h L a n d e s r e c h t

Bilanzposten	Entwicklung der gefö r d e r t e n A n s c h a f f u n g s w e r t e			
	01.01.2012 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	31.12.2012 EUR
B. II. Sachanlagen				
1.1. Grundstü cke und grundstü cks-gleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstü cken	5.789.735,18	0,00	0,00	5.789.735,18
1.2. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	5.789.735,18	0,00	0,00	5.789.735,18
2. Grundstü cke und grundstü cks-gleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstü cken	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Grundstü cke und grundstü cks-gleiche Rechte ohne Bauten	0,00	0,00	0,00	0,00
4.1. Technische Anlagen	789.125,12	0,00	0,00	789.125,12
4.2. darunter: in Betriebsbauten und in Außenanlagen	789.125,12	0,00	0,00	789.125,12
5.1. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	562.558,86	0,00	0,00	562.558,86
5.2. darunter: in Betriebsbauten, in Außenanlagen GWG`s und Festwerte in Betriebsbauten	562.558,86	0,00	0,00	562.558,86
6. Fahrzeuge	0,00	0,00	0,00	0,00
7.1. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00
7.2. darunter in Betriebsbauten	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	7.141.419,16	0,00	0,00	7.141.419,16
darunter Summe der Positionen 1.2, 4.2, 5.2, 6 und 7.2	7.141.419,16	0,00	0,00	7.141.419,16

Lagebericht



Die Lage der Gesellschaft

Prüfungen durch das Landratsamt und den MDK

Auch im Jahr 2012 führte der Medizinische Dienst der Krankenversicherung die gesetzlich vorgesehenen Qualitätsprüfungen im Pauline-Krone-Heim, Bürgerheim und beim Ambulanten Pflegedienst durch. Noch keine Qualitätsprüfung fand in der neuen Einrichtung in Tübingen-Pfrondorf statt. Die Benotung für alle drei geprüften Einrichtungen war 1,0!

Weiterhin war die Heimaufsicht in allen drei Heimen präsent. Während es sich beim Pflegeheim Pfrondorf um die behördliche Begehung vor der Betriebsaufnahme handelte, wurden im Pauline-Krone- und Bürgerheim reguläre unangekündigte Heimnachschaun durchgeführt. Beiden Heimen wurde ein sehr guter Eindruck bescheinigt.

Ergänzung zu den zwischenzeitlichen Ereignissen: Die „nächste Runde“ der MDK-Prüfungen begann bereits im Januar 2013 und führte zu folgenden Ergebnissen:

Pauline-Krone-Heim: 1,0

Bürgerheim: 1,0

Projekt Pfrondorf

Im September begann der Betrieb im Pflegeheim Pfrondorf, der neuen Einrichtung der AHT. Das Pflegeheim Pfrondorf besteht aus einem Pflegewohnbereich mit 15 Einzelzimmern und bildet zusammen mit dem Betreuten Wohnen (18 Wohnungen, davon 16 nach dem Privatinvestorenmodell) und einem Begegnungsraum das Seniorenzentrum Pfrondorf.

Sicherlich auch in Folge eines intensiven und gelungenen Marketings war das Interesse an den Pflegeplätzen von Anfang an groß, und es konnte nach knapp drei Monaten das erste Mal eine Vollbelegung erreicht werden. Dennoch brachte die Heimeröffnung einen naturgemäßen Anlaufverlust mit sich.

Die 16 Wohnungen waren bereits vor der Fertigstellung verkauft und sind mittlerweile komplett bezogen.

Im Begegnungsraum findet seit Ende Oktober ein ehrenamtlich bewirtschafteter Cafébetrieb statt.

Pflegesatzverhandlungen und ambulante Vergütungserhöhungen

Im Jahr 2012 wurden zahlreiche Pflegesatzverhandlungen geführt. Für die stationären und teilstationären Angebote wurden alle variablen Pflegesatzbestandteile verhandelt. Für die neue Einrichtung in Tübingen-Pfrondorf musste zudem ein Investitionskostensatz vereinbart werden. Schließlich gab es für die ambulante Pflege leichte Vergütungssteigerungen, die kollektivvertraglich in den Gremien des Pflegesatzwesens festgelegt wurden.

Pauline-Krone-Heim, Bürgerheim und die Tagespflege:

Es gelang, folgenden Abschluss für die Pflegesatzbestandteile *Pflege & Betreuung* sowie *Unterkunft & Verpflegung* zu erzielen:

- Steigerung um 2 % für die Zeit vom 01.08.2012 bis 31.07.2013
- nochmalige Steigerung um 2 % für die Zeit vom 01.08.2013 bis 31.07.2014

Die neue Einrichtung in Tübingen-Pfrondorf bzgl. *Pflege & Betreuung* sowie *Unterkunft & Verpflegung*:

Es gelang, die gleichen Basissätze mit derselben Steigerung wie für das Pauline-Krone-Heim und das Bürgerheim zu erzielen. (Gleiches galt auch für die Betreuungsassistenz nach § 87b SGB XI (3,95 Euro pro Tag und Leistungsberechtigtem).

Investitionskostensatz für die neue Einrichtung in Tübingen-Pfrondorf

Dieser Pflegesatzbestandteil dient zur Refinanzierung der Gebäudekosten und des betriebsnotwendigen Inventars und unterscheidet sich naturgemäß von Einrichtung zu Einrichtung. Es war von Projektbeginn an klar gewesen, dass dieser Satz deutlich über dem des Pauline-Krone-Heim (8,48 Euro pro Tag) und des Bürgerheims (9,95 Euro pro Tag) liegen würde, da Bau bzw. letzte Sanierungen dieser beiden Heime schon lange zurückliegen, und das Projekt *Pfrondorf* zudem aufgrund der eingestellten Landespflegeheimförderung nicht in den Genuss öffentlicher Investitionszuschüsse gekommen ist.

Es konnte folgender Abschluss erzielt werden: 19,50 Euro pro Belegungstag.

Für die ergänzenden Betreuungsleistungen für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz (Betreuungsassistenz nach § 87 b SGB XI) wurden im stationären Bereich für alle drei Einrichtungen zum 01.01.2013 ebenfalls neue Vergütungsvereinbarungen abgeschlossen, welche eine Erhöhung von 3,95 Euro auf 4,11 Euro pro Tag und Betroffenen/r nach sich ziehen. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um eine originäre Vergütungssteigerung, sondern um die Umsetzung der durch Pflege neu ausrichtungsgesetz (PNG) vorgenommenen Erhöhung des Personalschlüssels auf 1:24 (zuvor 1:25).

Zur Fristwahrung wurde zum Jahresbeginn auch eine Vergütung für besondere Demenzbetreuung in der Tagespflege beantragt, die durch das PNG neueingeführt wurde. Nachdem die Pflegesatzkommission mittlerweile die erforderlichen Rahmenbedingungen festgelegt hat, kann das Angebot geplant und umgesetzt werden.

Im vergangenen Geschäftsjahr wurden seitens der AHT keine Einzelverhandlungen für den ambulanten Bereich geführt, da Vergütungserhöhungen von der Pflegesatzkommission ambulant bzw. der Verhandlungskommissionen zum SGB V vereinbart wurden. Im Jahr 2012 haben sich die folgenden Veränderungen ergeben.

- Krankenversicherungsleistungen: Zum 01.01.2012 + 1,98 % bei der Knappschaft, der LKK und den Krankenkassen, die den Verbänden *vdek* und *BKK/IKK* angehören und ebenfalls + 1,98 % bei der AOK seit dem 01.03.2012.
- Pflegeversicherungsleistungen: Zum 01.08.2012: + 3,0 bei allen Pflegekassen.

Jahresabschluss 2012

(Hinweis: Alle Beträge wurden kaufmännisch auf die letzte Stelle vor dem Komma und Prozentwerte auf eine Stelle nach dem Komma gerundet.)

Das Jahresergebnis liegt mit einem Defizit von -222.501.- Euro unter dem des Vorjahresergebnisse von -59.307 Euro. Der Kostendeckungsgrad ist von 99,1 % auf 96,7% gefallen. Das Wirtschaftsvolumen ist von 6.283.646.- Euro auf 6.716.040.- Euro gestiegen.

Auf Ebene der Sach- und Erfolgskonten ist festzustellen, dass die Aufwendungen um 3,0 % über Plan lagen, während bei den Erlösen nur ein leichtes Plus von 12.564.- Euro erzielt werden konnte (jeweils bereinigt um den direkten Aufwand für die neue Einrichtung).

Schließlich muss darauf hingewiesen werden, dass das operative Betriebsergebnis - neben dem Anfangsverlust durch die Einrichtungsneueröffnung - auch durch das Finanzergebnis (und somit die Gründungsgeschichte der AHT als gGmbH) erheblich belastet wurde. Dieser Zusammenhang wird dadurch deutlich, dass dem Zinsaufwand von -111.109.- Euro lediglich 4.710.- Euro an Einnahmen aus Zinserträgen gegenüber standen.

Anlagevermögen, Eigenkapital und Liquidität

Im Geschäftsjahr 2012 reduzierten sich die immateriellen Vermögensgegenstände um 1.764.- Euro auf 35.569.- Euro, obwohl für die Verwaltung und die Pflege-EDV weitere Software-Lizenzen erworben wurden. Auch die Sachanlagen reduzierten sich um 306.525.- Euro auf 9.951.784. Euro, trotz den zusätzlichen Investitionen zum Erwerb der trägerspezifischen Ausstattung für das Pflegeheim Pfrondorf.

Den Abschreibungen in Höhe von 418.875.- Euro standen investive Neuanschaffungen im Wert von 110.587.- Euro gegenüber.

Der Verlustvortrag erhöht sich durch den Jahresfehlbetrag 2011 um -59.307.- Euro auf eigentlich -666.406 Euro. Da aber die Stadt Tübingen als Eigentümerin der AHT eine Zuwendung zur Reduzierung des Verlustvortra-

ges in Höhe von 500.000.- Euro vorgenommen hat, reduziert sich der Verlustvortrag auf insgesamt -166.406 Euro. Aufgrund dieses Effekts erhöhte sich die Eigenkapitalquote von 25,3 % auf 27,7 %.

Zum Ende des Geschäftsjahres belief sich der Stand der liquiden Mittel auf 587.389.- Euro und die Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten lagen bei 2.955.842.- Euro.

Rückstellungen

Die negative Entwicklung des vergangenen Geschäftsjahres ist - neben dem einkalkulierten Anlaufverlust der neuen Einrichtung und den bekannten Kostendeckungsproblemen der Tagespflege sowie des Ambulanten Dienstes - auf die erhebliche Zunahme der Personalrückstellungen für Urlaub und Mehrarbeit zurückzuführen, für die ein Betrag von 86.891.- neu eingestellt werden musste. Folgende Gründe sind für diese dramatische Zunahme anzuführen:

- Die im Tarifabschluss 2012 getroffene Urlaubsregelung bedeutete, dass unterjährig und lange nach Abschluss der Jahresurlaubsplanung 132 Urlaubstage zusätzlich angeordnet wurden, deren Abbau nicht mehr ohne ernsthafte Beeinträchtigungen der Versorgungsqualität im Geschäftsjahr unterzubringen war.
- Naturgemäß spät im Jahresverlauf - zwischen August und November - wurden insgesamt 15 Personaleinstellungen vorgenommen, die mit der neuen Einrichtung zusammenhängen. Es liegt in der Natur der Sache, dass bei Neueinstellungen in den letzten Monaten eines Jahres der Urlaub weitgehend „übrig bleibt“.
- Der Rückschau der Geschäftsführung nach sind etwa 750 Arbeitsstunden als Sonderaufwand der Einarbeitung und der Betriebsaufnahmeaktivitäten für das Pflegeheim Pfrondorf zuzuordnen.
- Das Jahr 2012 verfügte aufgrund der Feiertagsstreuung mit 1.934,4 h pro Vollkraftstelle über einen Tiefstwert an Jahresarbeitsstunden. Von solchen Kalenderbedingungen sind zugegebenermaßen alle Arbeitgeber betroffen. In Betriebseinheiten, die sieben Tage in der Woche geöffnet haben, schlägt dieser Effekt jedoch besonders stark durch, da „das Geschäft“ nicht einfach weniger Öffnungstage in einer Woche haben kann.
Verglichen mit den 1.957,8 verfügbaren Jahresarbeitsstunden vom Jahr 2011 bedeutete dies, dass pro volle Stelle drei Arbeitstage „fehlten“.
Bei 85 VK-Stellen von Pflege/Betreuung/Hauswirtschaft im Sieben-Tage-Betrieb mussten im vergangenen Geschäftsjahr 1.989 Stunden bzw. 255 Arbeitstage mehr als 2011 ausgeglichen werden.
- Mit 4,6 % hatte die AHT auch im vergangenen Jahr eine Top-Fehlzeitenquote. Dennoch bedeuten knapp 5 % krankheitsbedingte Abwesenheit für die meisten Teams ein bis zwei regelmäßige Ausfälle. Es ist im vergangenen Geschäftsjahr leider nicht in zureichendem Maße gelungen, einen regelmäßigen personallogistischen oder arbeitsplangemäßen Puffer anzulegen, um die zu erwartenden Ausfälle anders als durch zusätzlichen Abruf von nicht bzw. weniger eingepplanten Mitarbeitern aufzufangen.
Auf diesem Feld müssen 2013 dringendst andere Lösungen und Vorgehensweisen erarbeitet und implementiert werden.

Es muss indes angemerkt werden, dass es in den drei Jahren zuvor sehr gut gelungen war, das Risikofeld der Personalrückstellungen zu beherrschen. 2009 und 2010 konnten die Rückstellungen deutlich reduziert und dieser Stand im Jahr 2011 weitest gehend gehalten werden. Da Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in nur geringem Maße „ins Minus“ geplant werden können, gibt es dann unterjährig wenig Puffer, um den unweigerlichen Dezember-Effekt abzufedern. Die spezifischen Erklärungen ändern jedoch nichts am dringlichen Handlungsbedarf, auf den die operativ verantwortlichen Leitungen bereits „eingeschworen“ wurden.

Hinsichtlich der Rückstellungen für Instandhaltung/Reparaturen lagen keine Bedarfe oder Beauftragungen vor, die nach der neuen gesetzlichen Regelung durch das Bilanzmodernisierungsgesetz hätten rückgestellt werden müssen bzw. dürfen.

Erlöslage

Im Geschäftsjahr wurden der betriebswirtschaftlichen Auswertung nach (incl. der sonstigen Erträge und der Finanzerträge) Gesamterlöse in Höhe von 6.493.539.- Euro erzielt. Davon entfielen mit 5.918.173.- Euro alleine 91,13 % auf Versorgungsleistungen (incl. Erstattungen der Krankenkassen für Hilfsmittel und Vergütungszuschläge nach § 87 b SGB XI). Der Anteil der stationären Pflege am Gesamtumsatz betrug 82,66 % (= 5.367.767.- Euro).

	Umsatzerlöse 2011	Umsatzerlöse 2012	Plan 2012
stationäre Pflege (ohne die unterjährige Heimeröffnung)	5.121.065.- Euro	5.230.277.- Euro	5.222.469.- Euro
Tagespflege (14 Plätze)	151.131.- Euro	160.270.- Euro	160.000.- Euro
Ambulanter Dienst*	296.843.- Euro	339.191.- Euro	320.000.- Euro

(* ohne Essen auf Rädern)

Während die Tagespflege mit + 270.- Euro genau im Plan-Soll lag, konnten im Pauline-Krone- und Bürgerheim Einnahmen in Höhe von 7.808.- Euro über Plan erzielt werden. Die Einnahmen des Pflegeheims Pfrondorf lagen um -32.496.- Euro darunter. Die Ursachen hierfür sind vor allem, dass die Einrichtung erst einen Monat später in Betrieb ging als noch im Oktober 2011 erhofft, und dass der Pflegestufendurchschnitt mit 1,25 unter den erhofften „1,6 + X“ lag.

Der Ambulante Dienst erzielte eine Planüberschreitung von (+ 19.191.- Euro). Bezogen auf das Ergebnis 2011 konnte der Ambulante Dienst im vergangenen Geschäftsjahr sogar ein Umsatzplus von 42.348.- Euro (= 14,4 %) erzielen, und zwar ohne zusätzliches Personal und weit gehend ohne Mehrarbeit. An diesem großen Erfolg lässt sich ersehen, dass die zum Januar 2012 umgesetzte Zielgebietsänderung erste Früchte trägt. Durch die Konzentration auf das Gebiet *Tübingen Nord-West* ist es gelungen, weniger Zeit „auf der Straße“ und dafür mehr Einsatzzeit beim Kunden zu verbringen. Die Umsatzsteuerung war wie folgt (in Klammer die Werte von 2011):

- Behandlungspflege (Verordnungen nach SGB V) = 47,4 % (43,7 %),
- grundpflegerische Leistungen nach SGB XI = 47,3 % (46,6 %),
- „Selbstzahler“ (i. d. R. hauswirtschaftliche Hilfen) = 5,3 % (9,7 %).

Die Einnahmen der Tagespflege haben sich um 6,0 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert.

Bei den Einnahmen aus dem Essenverkauf wurden 156.686.- Euro erzielt (verglichen zu 170.212.- Euro im Jahr 2011). In diesem Wert schlägt sich die Beendigung der Schülerbeköstigung für die Silcherschule zum Schuljahresende nieder, welche im Herbst 2011 bei der Wirtschaftsplanerstellung so noch nicht abgesehen worden war. Große Posten beim Catering waren die Belieferung von Essen auf Rädern (14.028 Portionen) und die Belieferung der Tübinger Vesperkirche im Januar/Februar mit 7.245 Portionen (2011: 5.860).

Bei den Erträgen aus öffentlichen Mitteln als Teil des Postens, der sich in der graphischen Darstellung als *Andersweitige Erlöse* findet, sind insbesondere zu nennen: Der Zuschuss der Stadt Tübingen für die gerontopsychiatrischen Betreuungskräfte in Höhe von 40.000.- Euro, die Erstattungen aus der Ausbildungumlage in Höhe von 78.845.- Euro und Förderungen für Beschäftigungsverhältnisse (nach SGB II, SGB III und SGB IX) in Höhe von 38.789.- Euro.

An Einnahmen aus den Grundleistungspauschalen und Erstattungen der Betreuten Wohnungen Frischlinstraße (36 Wohneinheiten) und Irene-Preuner-Haus (nominell 19 Wohneinheiten) waren 50.000.-Euro kalkuliert worden. Diese Einnahmen konnten mit 50.422.- Euro auch voll realisiert werden. Hinzu kamen 3.159.- Euro durch die nach und nach bezogenen Betreuten Wohnungen beim Pflegeheim Pfrondorf. Insgesamt sind dort nunmehr 18 Wohneinheiten verfügbar (davon 16 mit Privateigentümer und zwei im Eigentum der Tübinger Wohnungs- und Gewerbebaugesellschaft mbH (GWG)). Generell lässt sich die Wohnungsvergabe und somit der Erlös von Betreuungspauschalen nur begrenzt beeinflussen, da die AHT lediglich die Trägerin der Betreuungsleistungen, aber nicht Eigentümerin der Wohnungen ist.

Stationäre Auslastung

Wie sich aus den Betrachtungen zur Umsatzverteilung ergibt, ist die stationäre Pflege als Geschäftsfeld von überragender Bedeutung für die Altenhilfe Tübingen gGmbH. Deshalb erfolgt an dieser Stelle vor allem eine genauere Betrachtung der Belegung und Pflegestufen. An den beiden Standorten Pauline-Krone-Heim und Bür-

gerheim werden 141 stationäre Pflegeplätze, (inclusive nominell zwei eingestreuten und eines ganzjährig vorzuhaltenden Kurzzeitpflegeplatzes) angeboten.

Zum 01.09.2012 kamen weitere 15 Plätze im Pflegeheim Pfrondorf hinzu.

<p>Gesamtauslastung 2012 = 96,1 %, entspricht durchschnittlich 140,31 Bewohner/innen Auslastung Pauline-Krone-Heim 2012 = 96,6 %, entspricht durchschnittlich 106,25 Bewohner/innen Auslastung Bürgerheim 2012 = 98,1 %, entspricht durchschnittlich 30,41 Bewohner/innen Auslastung Pflegeheim Pfrondorf 2012 = 72,9 %, entspricht durchschnittlich 10,94. Bewohner/innen</p>
--

Im Jahr 2011 hatte die stationäre Auslastung von Pauline-Krone- und Bürgerheim bei 97,2 % gelegen (2012: 96,9 %).

	Pflegestufenverteilung 2012 bei der AHT (Pauline-Krone-Heim und Bürgerheim)	Pflegestufenverteilung 2011 bei der AHT (beide Häuser)	Pflegestufenverteilung bundesweit gem. der Pflegestatistik 2011 des Statistischen Bundesamts (in Klammer: Die Werte für Baden-Württemberg aus dem Jahr 2009)
Pflegestufe			
0*	0,6 %	1,1 %	1,2 % (2,2)
I	37,5 %	40,3 %	38,5 % (3,5)
II	46,6 %	43,7 %	40,4 % (42,1)
III**	15,3 %	14,9 %	19,3 % (17,2)

* = (davon 0,11 % in OK)

** = (inclusive Härtefälle, sog. III+)

Die Pflegestufenverteilung im Pflegeheim Pfrondorf kann nach nur vier Betriebsmonaten nicht aussagefähig sein. Zudem liegt es in der Natur der Sache, dass Menschen mit hoher Pflegebedürftigkeit selten neu in Einrichtungen einziehen und auch Einrichtungswechsel selten „später“ als Pflegestufe I vorgenommen werden. Insofern startet jedes Haus mit einem überproportionalen Anteil an „Einsern“. Die Pflegestufenverteilung des Pflegeheims Pfrondorf war in der Zeit von September bis Dezember 2012:

Pflegestufe OG: 1,9 % Pflegestufe I: 75,7 % Pflegestufe II: 19,4 % Pflegestufe III: 3,0 %

Der Anlaufverlust für das Pflegeheim Pfrondorf entsprach mit 75.000.- Euro gemäß der vorläufigen Kostenstellenrechnung im Großen und Ganzen den im Wirtschaftsplan kalkulierten Wert (-61.205.- Euro). Die weitere Kostenstellenrechnung wird im internen Geschäftsbericht dargelegt.

In allen Einrichtungen betrug der Umsatzanteil der Kurzzeitpflege an den Gesamtpflegeeinnahmen 254.257.- Euro. Dies entspricht 5,2 % bzw. 73 Vertragsverhältnissen (verglichen zu 70 im Jahr 2011).

Die Auslastung der Tagespflege lag im Geschäftsjahr 2012 bei 95,6 % (2011: 94,6 %).

Aufwendungen

Insgesamt beliefen sich die Aufwendungen nach der betriebswirtschaftlichen Auswertung auf 6.716.040.- Euro. Der Personalaufwand machte gem. der Berechnung in der Gewinn- und Verlustrechnung mit 4.823.234.- Euro (71,8 %) den erheblichsten Anteil aus. Im Jahr 2011 hatten die Personalkosten bei 4.390.905.- Euro gelegen (69,9 %-Anteil am Gesamtaufwand). Die Kostensteigerung liegt primär in zwei Faktoren begründet:

1. Personalaufbau durch die neue Einrichtung um insgesamt knapp 9 VK-Stellen.
2. Höhe des Tarifabschlusses, der deutlich über den im Wirtschaftsplan angenommenen 2,5 % lag.

Hinsichtlich des Planansatzes war - ohne den Effekt durch das Pflegeheim Pfrondorf - eine Überschreitung um - 223.426.- zu verzeichnen, wobei in diesem Wert auch die dramatisch gestiegenen Personalkostenrückstellungen quantifiziert sind.

Die wesentlichen Eckpunkte des Tarifabschlusses 2012 im öffentlichen Dienst aus Sicht der AHT:

- Die Beschäftigten erhalten eine Entgeltsteigerung um 3,5 %, rückwirkend zum 01.03.2012. Dem folgen zwei weitere Erhöhungen um 1,4 % zum 01.01.2013 und 01.08.2013.

- Auszubildende erhalten ab dem 01.03.2012 eine Steigerung der Ausbildungsvergütung um 50.- Euro und eine weitere Erhöhung um 40.- Euro ab dem 01.08.2013.
- Der Urlaubsanspruch beträgt zukünftig für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 29 Tage, für die Über-55-Jährigen 30 Tage. Beschäftigte, die spätestens am 31.12.2012 das 40. Lebensjahr vollendet haben, erhalten weiterhin 30 Tage Urlaub (Bestandsschutz). Auszubildende erhalten zukünftig 27 anstatt 26 Tagen Urlaub. Im Schichtdienst in der Pflege steht Auszubildenden im zweiten und dritten Ausbildungsjahr ein weiterer Tag Zusatzurlaub zu.

Weitere größere Posten beim Aufwand waren 2012 (in Klammer jeweils der prozentuale Anteil): Abschreibungen mit 418.875.- Euro (6,2 %), Lebensmittel/Getränke mit 319.272. Euro (4,8 %), die Energie- und Wasserversorgung mit 273.502.- Euro (4,1 %) sowie die Wäscheversorgung mit 186.680.- Euro (2,8 %). Bemerkenswert ist, dass bei diesen großen Posten des Sachaufwands die Planansätze im Saldo unterschritten wurden.

Beim Zinsaufwand konnte eine Planunterschreitung von 6.041.- Euro realisiert werden. Die Zinsbelastung betrug im vergangenen Geschäftsjahr 111.109.- Euro. Dieser Effekt entstand dadurch, dass eines der beiden Darlehen der Gesellschaft seit Juni 2009 bei der Kreissparkasse Tübingen als Darlehen mit variablem Zinssatz geführt wird. Der durchschnittliche Zinssatz betrug für das vergangene Jahr 1,14 %.

Der Verminderung der Ausgaben für Lebensmittel- und Getränke ohne den Cafeteriabetrieb (10.509.- Euro unter Plan) erklären sich durch den späteren Betriebsstart des Pflegeheims Pfrondorf und die Beendigung der Schülerbeköstigung am Standort *Bürgerheim*. Der Bedarf für den Cafeteria-Betrieb blieb mit einer Steigerung von 788.- Euro weitestgehend konstant.

Beim Posten Energie & Wasser konnten leichte Einsparungen von 7.206.- Euro auf 273.502.- Euro realisiert werden, trotz des hinzugekommenen Standorts. Da die AHT diesbezüglich Marktentwicklungen eher hilflos ausgeliefert, bleibt lediglich ein sparsames Wirtschaften aller Mitarbeiter/innen als Handlungsmöglichkeit, was im vergangenen Geschäftsjahr hervorragend gelungen ist.

Das ökonomische und ökologische Bewusstsein der Belegschaft schlägt sich auch im guten Gesamtergebnis des Posten Weiterer Betriebsbedarf nieder (2.414 Euro.- weniger als 2012, trotz der hinzugekommenen Einrichtung). Der sog. Weitere Betriebsbedarf beinhaltet als Sammelposten insbesondere folgende Ausgaben Hausverbrauch, Porto, Repräsentanz, Aufwandsentschädigung für Ehrenamt, Geldverkehr, Sachbedarf für Betreuung/Beschäftigung, Personalbeschaffung, Werbung, Fortbildung, Büromaterial, Telekommunikation, EDV-Kosten, Rechtsbeistand & externe Beratung, Mitgliedsbeiträge, Verbrauchsmaterial für die Hausreinigung und Haustechnik, die Kosten für Hausschmuck/Dekoration, Treibstoffe, Inkontinenzmaterial sowie den sonstigen pflegerischen Sachbedarf.

Die Wäschekosten lagen mit 186.680.- Euro um 7.106.- über dem Wert von 2011, was sich durch das Hinzu-kommen der 15 Pflegeplätze erklären lässt.

Die Aufwendungen für Abschreibungen lagen mit 418 .875.- Euro trotz der Investitionen für das neue Heim unter denen des vorangegangenen Geschäftsjahres. Durch die Auflösung von Sonderposten konnten 192.388.- Euro als Ertrag gegengebucht werden (2011: 214.663.- Euro). Weiterhin wurden 87.893.- Euro in Instandhaltung bzw. Reparaturen investiert, die nicht in die Abschreibungen einfließen konnten (2011: 104.369.- Euro).

Die erhebliche Zunahme beim Posten Miete/Pacht/Leasing um 42.159.- Euro liegt in der Aufnahme des Betriebs im Pflegeheim Pfrondorf begründet, da dieser Standort bekanntlich von der Wohnungs- und Gewerbebaugesellschaft mbH (GWG) gepachtet wird. Die Pacht ohne Nebenkosten beträgt 8.030.- Euro zzgl. eines Nebenkostenabschlags von 1.660.- Euro.

Neben der o. g. Zuwendung durch die Gesellschafterin und den einmalig getätigten Anschaffungen für die spezifische Geschäftsausstattung des Pflegeheims Pfrondorf lagen 2012 keine außergewöhnlichen vermögenswirksamen Geschäfte vor.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Zwei-Jahres-Ausblick

Im Vergleich zum Vorjahr birgt das Jahr 2013 aus drei Gründen mehr Planungssicherheit.

- Die Gehaltsentwicklung ist aufgrund des bis Ende Februar 2014 laufenden Tarifabschlusses bekannt.
- Die 2012 abgeschlossenen Pflegesatzvereinbarungen für die stationären und teilstationären Angebote haben eine Laufzeit bis Ende Juli 2014.
- Es gibt keine unterjährige Einrichtungseröffnung.

Derzeit gibt es auch keine Anzeichen dafür, dass sich bei den Arbeitgeberanteilen zur Sozialversicherung gravierende Änderungen ergeben könnten. Die Personalnebenkosten umfassen insbesondere die betriebsärztliche Betreuung, die Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung, die Fachkraft für Arbeitssicherheit, die Ausgleichsabgabe nach SGB IX und die Beiträge zum kommunalen Arbeitgeberverband. Die „neue“ Richtlinie zum SGB VII (DGUV V2) hat sich seit ihrem Inkrafttreten im Januar 2011 als nicht ausgabensteigernd erwiesen.

Im Wirtschaftsplan wurde für die wesentlichen Ausgabenposten eine sehr spezifische Vorschau auf die möglichen Sachkostensteigerungen vorgenommen. Es wird sich im Lauf des Jahres 2013 zeigen müssen, inwieweit diese Erwartungswerte ausreichen. Insbesondere die von der Weltwirtschaft und der Bundespolitik abhängige Preisentwicklung bei Kraftstoffen, Energie und Wasser sowie Lebensmitteln stellen diesbezügliche Unsicherheitsfaktoren dar.

Am 10. November 2012 wurde im Aufsichtsrat ein Wirtschaftsplan verabschiedet, der für die Bestandsgeschäfte jedoch weniger Risikopuffer enthält als in den Vorjahren, wobei auch keine Unsicherheit hinsichtlich der Tarifentwicklung und des Ergebnisses der stationären und teilstationären Pflegesatzverhandlungen herrscht. Allerdings muss über alle drei Häuser eine Auslastung von 97,87 % erzielt werden, um die kalkulatorische Kostendeckungsgrenze zu erreichen. Weiterhin werden die Entwicklung und Ergebnisse der Klausurüberlegungen des Aufsichtsrats hinsichtlich der Tagespflege und des Ambulanten Dienstes abzuwarten sein. Für den Fall einer geringeren Nachfrage herrscht jedoch die Möglichkeit einer unterjährigen Personalanpassung. (So entspricht 1 % Auslastung im stationären Bereich ca. 0,7-VK-Stellen in der Pflege und knapp 0,3 VK-Stellen in der Hauswirtschaft.

Im laufenden Betriebsgeschehen werden auch 2013 eine hohe Ausgabendisziplin, Mehrarbeitsvermeidung und eine möglichst punktgenaue Steuerung des Personalbestands von elementarer Bedeutung sein. Zudem ist es von höchster Priorität, die übertragenen Urlaubstage aus dem Tarifabschluss und die hohen Mehrarbeitsrückstellungen massiv abzubauen.

Abgesehen von der hinzugekommenen „eigenen Konkurrenz“ in Tübingen-Pfrondorf stehen am lokalen Markt jedoch keine so massiven Veränderungen bevor wie etwa 2011, als die Wiedereröffnung des Luise-Poloni-Heims der Stiftung St. Franziskus mit 59 stationären Plätzen in Tübingen-Lustnau bevorstand.

Im stationären Bereich gelang 2012 wieder weitere Annäherung an den bundes- und landesweiten Durchschnitt der hohen Pflegestufen (bei Pflegestufe II lag die AHT sogar höher). Somit haben sich die intensiven Schulungen der Wohnbereichsleitungen und ausgesuchter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch das Jutta-König-Institut bewährt, und es gelingt zunehmend, das sog. Einstufungsmanagement nachhaltig im alltäglichen Arbeitsablauf der Heim- und Pflegedienstleitungsebene sowie der Wohnbereiche zu verankern.

Aufgrund der wiederholt problematischen Ergebnisse des Ambulanten Dienstes und der Tagespflege stehen im Rahmen einer Klausursitzung mit dem Aufsichtsrat im Juni grundlegende Entscheidungen an. Der Trend, dass sich teilstationäre und ambulante Angebote am schwersten refinanzieren lassen, ist in der gesamten Pflegebranche zu erkennen und hängt ursächlich mit den Strukturbedingungen zusammen, die gesetzlich und durch die Pflegesatzkommission vorgegeben werden.

So sehr ein Komplettspektrum sozialplanerisch wünschenswert ist, wird es – über die Defiziteindämmungen hinaus – zu definieren sein, bis zu welchem Grad eine interne Quersubventionierung durch den Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger und die unbestrittenen Marketingeffekte (insbesondere hinsichtlich Bekanntheitsgrad und Kundenbindung) gerechtfertigt werden kann.

Was den Ambulanten Dienst betrifft, so sind die Effekte des Sanierungskonzepts abzuwarten, um anschließend über entsprechende Schlussfolgerungen zu befinden. Für den Fall, dass Einschnitte als unumgänglich erachtet werden, könnten ein „rückgebauter“ Ambulanter Dienst für die zu betreuenden Wohnanlagen und die stationären Einrichtungen direkt umgebenden Gemeinwesen (was nicht zuletzt den fast vollständigen Verzicht auf einen Fuhrpark ermöglichen könnte) eine vergleichsweise sozial verträgliche Alternative sein. Hinsichtlich der Tagespflege wäre als „kleine Lösung“ der Weiterbetrieb einer überschaubaren Anzahl von eingestreuten Tagespflegeplätzen im Rahmen des stationären Betriebs im Bürgerheim denkbar.

Durch die Erweiterung der stationären Pflegeplätze um 10,6 % gelingt es, die bestehende zentrale Infrastruktur noch optimaler auszulasten. Im Catering sind durch den neuerlichen Zuschlag für die Tübinger Vesperkirche mit ca. 8.000 Portionen im Januar / Februar wieder größere Zusatzerlöse zu erwarten.

Nach dem jetzigen Stand der Erkenntnisse stehen für das Jahr 2013 keine politischen Entwicklungen oder gesetzlichen Änderungen an, die sich auf die unternehmerischen Rahmenbedingungen der Altenhilfe Tübingen gGmbH auswirken werden. Nach Einschätzung der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft, als Dachverband der Altenhilfe Tübingen gGmbH, wird die seit langem erwartete Landesheimpersonalverordnung nicht vor Jahresende erwartet. Die zum Jahresbeginn bundespolitisch umgesetzte Weiterentwicklung der Pflegeversicherung bringt dem Erwartern nach keine zentralen Verschlechterungen der Refinanzierungsperspektiven oder des ordnungsrechtlichen Rahmens mit sich.

Schließlich bleibt es eines der zentralen Betriebsrisiken der Altenhilfe Tübingen gGmbH, dass die Kosten nicht zeitnah oder teilweise gar nicht an eine nachlassende Nachfrage angepasst werden können, da bindende Arbeitsverträge vorliegen, und ein aus dem Anlagevermögen resultierender Block an Fixkosten kaum beeinflussbar ist.

Dennoch sind für Geschäftsjahre 2013 und 2014 derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken zu erkennen.

Vorgänge von wesentlicher Bedeutung haben sich nach dem Bilanzstichtag nicht ereignet.

Marktentwicklung und Strategie

Die demographische Entwicklung im Landkreis Tübingen lässt hinsichtlich der Personengruppe der Über-80-Jährigen von heute aus gesehen zwar einen deutlichen Anstieg erwarten (plus 2 % bis 2015; plus 22% bis 2025); es muss aber auch beachtet werden, dass Tübingen insgesamt der zweitjüngste Kreis (leicht über 40 Jahre im Durchschnittsalter) in Baden-Württemberg ist und außerdem mit 218.000 Einwohnern lediglich zu den mittelgroßen Landkreisen zählt.

Trotzdem bewegt sich die Altenhilfe Tübingen gGmbH klar in einem Wachstumsmarkt, da die Kreissenienplanung bis 2020 eine Zunahme der pflegebedürftigen Menschen auf 4.800 prognostiziert (Ende 2005 noch 3.400). Welche Versorgungsformen in der Zukunft besonders nachgefragt werden, kann an dieser Stelle nicht eindeutig vorhergesehen werden, zumal sich der Grundsatz „ambulant vor stationär“ nach wie vor nicht konkret in den Leistungsregelungen des SGB XI wiederfindet.

Hinsichtlich des Entwicklungspotentials der stationären Pflege im örtlichen Markt ist zu beachten, dass der ursprünglich vom Statistischen Landesamt auf das Jahr 2015 ermittelte Bedarf (in der sog. unteren Variante) durch die Inbetriebnahme des Pflegeheims Pfrondorf bis auf ca. 30 Plätze erfüllt ist. Wenngleich sich der Wettbewerb in den letzten Jahren verschärft hat, haben die letzten Jahre auch gelehrt, dass die rechnerische Abdeckungsquote auf Landkreisebene nur bedingt Rückschlüsse auf den lokalen Markt in der Universitätsstadt Tübingen zulässt. Nach Angaben des Landratsamts sind im Landkreis Tübingen zum Stand Februar 2013 insgesamt 1.546 stationäre Altenpflegeplätze vorhanden, davon 610 im Stadtgebiet Tübingen (jeweils incl. Kurzzeitpflege).

Prozess- und Ergebnisqualität, ein als lebenswert empfundenes Wohnumfeld und Leistungsmerkmale, die sich aus der Masse hervorheben, werden in Zukunft noch stärker der Schlüssel zum Erfolg sein. Die Altenhilfe Tübingen gGmbH ist diesbezüglich in vielen Aspekten bereits gut aufgestellt. Zu nennen sind hier: Qualitätsmanagement, Wohngruppenkonzept des Bürgerheims, ein neues typisches Stadtteilhaus sowie ein umfassendes Veranstaltungsprogramm und sich ins Gemeinwesen öffnenden Angebote in allen Häusern.

Da der örtliche Markt trotz seines grundsätzlichen Wachstumscharakters auch stärkere Merkmale eines Verdrängungswettbewerbs annehmen wird, kommt der öffentlichen Wahrnehmung und somit dem Marketing eine weiter wachsende Bedeutung zu. Auf die gute Tradition der alltäglichen aber auch veranstaltungs- und projektbezogenen Gemeinwesenorientierung mit zugehöriger intensiver Pressearbeit gilt es aufzubauen.

Sozialplanerisch und hinsichtlich der Bürgerwünsche wird der Trend in der Altenpflege zweifelsfrei in Richtung kleinräumiger, wohnortnaher Angebotsstrukturen gehen. Die Beteiligung an diesen Entwicklungen (wie im Projekt *Pfrondorf*) ist ein wichtiger Weg, um die Marktposition der Altenhilfe Tübingen gGmbH auf eine umfassendere Basis zu stellen, wenngleich räumliche Ausdifferenzierungen von Angeboten finanzökonomische Erschwernisse mit sich bringen. Aufgrund der geschilderten Sättigungstendenzen im Landkreis wird es sich in der stationären Versorgung deshalb eher um Breiten- denn um Mengenwachstum handeln können.

Auf Dauer ergeben sich hierdurch die Vorteile einer am Markt als maßvoll empfundenen Preispolitik und der Tatsache, dass auch geringe Ergebnisse in den „Refinanzierungssockel“ gehen und die Ausgangsbasis für die folgenden Verhandlungen kontinuierlich anwachsen lassen. Beim innerstädtischen Pflegesatzvergleich liegen die beiden Häuser der Altenhilfe Tübingen gGmbH nur an sechster und siebter Stelle, was weniger in den personalintensiven Pflegesatzbestandteilen als in den günstigen Investitionskostenanteilen von 8,48 Euro bzw. 9,95 Euro begründet liegt. Die Mitbewerber liegen mit einer Ausnahme bei mehr als dem Doppelten (Spitzenwert: 22.- Euro bei der Pflegeresidenz *Vincenz von Paul*). Aus Kundensicht ergeben sich hierdurch monatliche Preisunterschiede von mehr als 300.- Euro. Diesen Preisvorteil gilt es möglichst lange zu wahren.

Hinsichtlich der Verhandlungstaktik hat es sich bewährt, parallel zur „Androhung“ branchenüblicher zweistelliger Ausgangsforderungen mit einem konsensfähigeren Vorschlag auf das Landratsamt, den Kommunalverband für Jugend und Soziales und die AOK zuzugehen. Die in der Pflegesatzrunde 2012 erzielte Steigerung in einem Gesamtvolumen von 4 % ist einer der höchsten Abschlüsse in der Geschichte der AHT.

Dennoch bleibt die Problematik, dass es den Trägern von stationären Pflegeeinrichtungen seit der Abschaffung des sog. Selbstkostendeckungsprinzips mit dem Pflegequalitätssicherungsgesetzes im Jahr 2002 kaum mehr ausreichend gelingt, tatsächliche Kostensteigerungen in den Leistungsvergütungen unterzubringen.

Für die weitere Entwicklung der Vergütungen für die ambulanten Leistungen ist seit dem 01.01.2013 durch das Pflegeneuausrichtungsgesetz auch ein Einzelverhandlungsprinzip vorgesehen. Die AHT wird die ersten Verhandlungen der großen, landesweit organisierten Träger abwarten und dann möglicherweise in der zweiten Jahreshälfte zu Verhandlungen auffordern.

In die ferne Zukunft geblickt, bleibt abzuwarten, inwieweit der Einzelzimmerzwang aus der Landesheimbauverordnung, welcher derzeit ab 2019 vorgesehen ist, so uneingeschränkt umgesetzt wird. Während der Neubau in Tübingen-Pfrondorf die Vorgaben bereits abbildet, gilt es in den kommenden Jahren bauliche Überlegungen für die beiden Bestandshäuser der Gesellschaft anzugehen. Schließlich wird eine Planung bzgl. der in den nächsten Jahren notwendig werdenden weiteren Sanierungsbedarfe an den beiden bestehenden Standorten vorzunehmen sein. Hierüber werden dem Aufsichtsrat Pläne vorgelegt, die derzeit mit Fachfirmen erarbeitet werden.

Fachkraftsituation

Wenngleich es im vergangenen Geschäftsjahr anlässlich der neuen Einrichtung in Tübingen-Pfrondorf durchaus gut gelungen ist, neue Kräfte am Arbeitsmarkt zu akquirieren, zeichnet sich insgesamt eine zunehmend schwieriger werdende Besetzung von Fachkraftstellen ab. Um dieser Entwicklung entgegen wirken zu können, bildet die Altenhilfe Tübingen in Kooperation mit den entsprechenden Altenpflegeschulen weiterhin Altenpflegerinnen und Altenpfleger aus, um damit den eigenen Bedarf an Fachkräften besser decken zu können. Für das Jahr 2013 erweist es sich als Trumpf, dass im September vier Auszubildende ihr Examen absolvieren werden, von denen bereits mit zwei ein Anschlussvertrag vorgenommen wurde. Alle Ausbildungsplätze werden auch wieder besetzt.

Tübingen, den 14.03.2013

Markus Kaufmann
Geschäftsführung

III. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

13. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 14. März 2013 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Altenhilfe Tübingen gGmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden Vorschriften der PBV und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."